

Hugo Chávez Frias - Penetranter Polarisierer oder Visionär im Geiste Bolívars?

„Kämpfer für die Armen“ oder „Messias der Armen“ sind Titel, die Venezuelas Präsident Hugo Chávez gern hört. Doch nicht nur in den Stadtvierteln von Caracas und Maracaibo ist der Mann mit dem roten Barett populär sondern auch in Managua, Tegucigalpa, Havanna oder in der Bronx von New York. Spektakuläre Angebote den Armen dieser Welt mit Erdöl, Diesel und Co. zu Sonderkonditionen unter die Arme oder über den Winter zu helfen, hat es mehrfach gegeben. Nur zu gut, weiß Hugo Chávez wie er sich in Szene setzt und Venezuela ist unter seiner Regie zu einem Land geworden über das gesprochen wird – nicht nur regional sondern auch international.

Jüngstes Beispiel ist der Konflikt mit dem ungeliebten Nachbarn Kolumbien. Hugo Chávez rasselt mit dem Säbel, heißt es in der internationalen Presse und der präsidiale Diskurs klingt wie eine verbale Mobilmachung. Hintergrund ist das Militärabkommen zwischen Kolumbien und den USA, demnach Kolumbien sieben Militärbasen für die Nutzung durch die USA freigibt.

Kolumbien werde zur „Drehscheibe für Gringos“ oder gar zum „Teil der USA“, so schimpfte der venezolanische Präsident. Dabei sprach Hugo Chávez nur klar aus, was andere Staatschefs nur denken, denn auch Ecuador oder Brasilien waren nicht gerade amused von der Fortsetzung der Hegemonialpolitik durch die USA.

Für Hugo Chávez ist das nur typisch, denn Venezuelas Präsident ist nicht gerade dafür bekannt ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Auch ein Grund, weshalb er immer wieder in den Medien auftaucht. Eine kleine Auswahl:

- im Frühjahr wird Chávez für die Militarisierung der Region durch Waffenkäufe in Russland verantwortlich gemacht
- wenig später taucht er als „Totengräber des Journalismus“ in den internationalen Schlagzeilen auf, weil er Sendelizenzen von 34 private Rundfunkanstalten nicht verlängert wurden
- dann folgte die Ankündigung vom Ende der Golfplätze in Venezuela
- wenig später die Verstaatlichung vom Hilton in Maracaibo
- dann die Schlagzeilen zur Verstaatlichung mehrerer Kaffeeunternehmen

- und dann ist es Chávez, der Irans Staatschef Ahmadinedschad als erster zur zweifelhaften Wiederwahl gratuliert;

Hugo Chávez ist zu einem enfant terrible der internationalen Medienwelt geworden. Er ist ähnlich wie sein Mentor und Vorbild Fidel Castro immer für eine Schlagzeile in den bunten Blättern gut. Wer kann schon von sich behaupten, dass über die eigenen Duschgewohnheiten geschrieben wird – bei Hugo Chávez ist es so, denn er verbindet das mit einem dramatischen Wassersparappell. Hugo Chávez ist keine nationale Angelegenheit mehr, sondern zumindest eine regionale, wenn nicht sogar internationale. Das hat durchaus seinen Grund, denn der ehemalige Fallschirmspringer hat Dinge initiiert, die Lateinamerika verändern können – genannt sei Telesur, der Fernsehkanal für Lateinamerika, vor kurzem kam La Radio del Sur hinzu und die Banco del Sur ist genauso Realität wie einen ganze Reihe von Regionalisierungsprojekten unter dem Dach der Alba - sei es im Bereich der Infrastruktur oder der Energieversorgung.

Derartige Projekte werden oftmals zu erheblichen Teilen von Venezuela finanziert, obgleich mehrere Staaten davon profitieren.

Allerdings ist die Finanzierung derartiger Projekte längst nicht mehr so einfach wie noch vor zwei Jahren – national läuft es für den durchaus visionären Hugo Chávez nämlich derzeit nicht so rund.

Auch in Venezuela geht die internationale Wirtschaftskrise nicht spurlos vorbei. Eine Folge ist dabei auch die sinkende Popularität des Präsidenten. Nur noch 46% der Befragten sind mit seiner Amtsführung jüngsten Umfragen zufolge zufrieden.

Zentraler Grund dafür ist die Tatsache, dass die Volkswirtschaft Schlagseite aufweist. Statt Wachstum wird in diesem Jahr ein Minus vor dem Koma stehen. Der Grund dafür sind sinkende Erdöleinnahmen. So lag 2008 der Kurs bei durchschnittlich 87,2 US-Dollar pro Barrel – im ersten Halbjahr 2009 waren es nur 44,9 US-Dollar.

Für ein Land, dass zu nahezu einseitig vom Export des schwarzen Goldes abhängig ist ein herber Schlag. So musste der Haushalt angepasst werden – es wurde ein Preis von 40 US-Dollar pro Barrel als Haushaltsgrundlage vereinbart. Der sinkende Erdölpreis

lässt allerdings auch strukturelle Probleme der Wirtschaftspolitik von Hugo Chávez offenbar werden.

Wirtschaftspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Basis der Wirtschaftspolitik ist ein endogenes Wirtschaftskonzept, welches zum Sozialismus des 21. Jahrhundert führen soll. Ziel dabei ist lokale Vorteile und Strukturen zu fördern. Dazu gehört auch die Förderung regionaler Entwicklungsvorhaben – so zum Beispiel der Bau von Pipelines, Straßen oder Raffinerien. Jüngstes Beispiel ist der Bau einer riesigen Raffinerie mit Brasilien. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit dieser Wirtschaftspolitik klafft eine immense Lücke, denn de facto hat die Regierung ein ökonomisch völlig ineffizientes System geschaffen – das kritisieren selbst Anhänger der Regierung wie der venezolanische Intellektuelle Edgardo Lander.

So erhob die Regierung die Selbstversorgung mit Lebensmitteln zum übergeordneten Ziel der bolivarianischen Revolution. „Der Tag wird kommen da versorgen wir uns selbst und dann fangen wir an Lebensmittel zu exportieren, um anderen Ländern zu helfen“, hat Chávez einst vollmundig verkündet.

Doch davon ist das Land weit entfernt, denn heute ist Venezuela abhängiger vom Lebensmittelimport denn jemals zuvor.

Die Ausgaben für Agrarimporte haben sich – je nach Quelle - verdreifacht oder sogar mehr als vervierfacht seit 2004 (von 1,6 Mrd. auf 5,8 oder gar auf 7,5 Mrd. US-Dollar). Gleichzeitig wurden 2,2 Millionen Hektar verstaatlicht, um mehr Lebensmittel im Land zu produzieren. Doch derzeit importiert selbst die staatliche Mercal-Supermarktkette 70 Prozent der verkauften Lebensmittel im Ausland und nicht wie einst geplant im Inland.

Ein nicht ganz untypisches Beispiel liefert die Rinderfarm Charcote. Das rund 13.000 Hektar große Anwesen wurde im März 2006 nationalisiert, wofür die Regierung 4,2 Millionen US-Dollar auf den Tisch eines britischen Unternehmens legte. Rund 600 Familien wurden damals auf dem riesigen Areal angesiedelt und bis heute unterhält die Regierung dort auch eine Schule und einen Gesundheitsposten. Doch Agrarprodukte werden auf der riesigen Finca leider kaum produziert. Dort wo früher Rinder en Gros

weideten und wöchentlich 240 Tonen Rindfleisch produziert wurde, dominiert heute hohes Gras und dorniges Gestrüpp. Einige wenige Farmer, darunter auch Luis Gómez, bauen etwas Getreide und Bohnen an. Mühselig ist das, „denn wir haben weder Beratung, noch Kredite, noch Saatgut und Arbeitsgerät vom Staat erhalten“, so Gómez. Kein Einzelfall, denn es fehlt der Regierung an Experten, um die seit dem Frühjahr 2005 über zwei Millionen Hektar verstaatlichte Ackerfläche erfolgreich zu bewirtschaften.

Zwar ist die bebaute Fläche, so die Regierung um 45% gewachsen, aber mit der Produktivität scheint es angesichts der stetig steigenden Importe nicht weit her sein.

So wird Zucker, früher ein Exportprodukt, heute en Gros importiert – trotz kubanischer Aufbau- und Expertenhilfe. Ein Blick auf die desolante kubanische Landwirtschaft lässt aber daran zweifeln, ob dieses Agrarmodell als Vorbild taugt.

Wie in Kuba werden die Abnahme und Verkaufspreise für Agrarprodukte nämlich staatlich festgelegt – in Kuba heißt dieses System Acopio und Ziel ist es Spekulanten den Garaus zu machen. De facto ist das System in Kuba jedoch mitverantwortlich für sinkende Produktivität, sinkende Motivation der Bauern und steigende Importe aus den USA.

Ein weiteres Beispiel: 181.000 Kooperativen wurden 2007 in Venezuela registriert – doch nur vierzig Prozent funktionieren laut offiziellen Quellen, schreibt Raúl Zelik, sicherlich eher Sympathisant denn Kritiker des Sozialismus des 21. Jahrhunderts, den Hugo Chávez ausgerufen hat.

Ein weiterer Grund für die Lücken in Venezuelas Produktionspalette. Davon profitieren vor allem Brasilien und Kolumbien, die zu wichtigen Agrarlieferanten Venezuelas geworden sind. Die Agrarrevolution bolivarianischer Prägung ist nach dem derzeitigen Stand weitaus eher ein Schlag ins Wasser als ein Erfolg. Das hat zahlreicher ungewünschte Folgen, denn statt Nahrungsmittelsouveränität steigen die Preise für Lebensmittel rasant - und oft schneller als die Löhne. Das führt zu Reallohnseinbußen – von denen wiederum die Armen überproportional stärker betroffen als die Reichen, so die venezolanische Sozialwissenschaftlerin Yolanda D'Elia. Ein Widerspruch aus bolivarianischer Perspektive, doch der Anstieg der Lebensmittelpreise um circa 47% im Großraum Caracas 2008 ist real. Während das Mindesteinkommen im Mai 2009 bei 799,23 Bol fuerte lag, kostete der Basiswarenkorb für eine vierköpfige Familie 1421 Bol fuerte. Ein Dilemma der bolivarianischen Politik.

Verstaatlichung und dann?

Nicht immer glücklich war das Händchen der Regierung auch bei den spektakulären Verstaatlichungen. Anscheinend ist die Regierung nicht immer in der Lage die übernommenen Unternehmen auch effektiv zu managen

Zumindest scheint das so in der Zementindustrie zu sein. Grund der Enteignung war angeblich der fehlende Zement für das staatliche Wohnungsbauprogramm. Präsident Chávez warf den privaten Produzenten vor, den Staat nicht ordnungsgemäß mit Zement zu beliefern. Also wurde der gesamte Sektor, die mexikanische Cemex, die Schweizer Holcim und die französische Lafarge, verstaatlicht. Ein gutes Jahr später stellte sich jedoch heraus, dass es am Zement allein nicht liegen kann, denn Mitte Mai gab Vizewohnungsbauminister José Vicente Rodríguez bekannt, dass statt der im Januar veranschlagten 107.000 Wohnungen nur rund 20.000 in diesem Jahr gebaut werden würden. Eine miserable Quote angesichts von zwei bis drei Millionen fehlender Wohnungen und auch aus einer anderen Perspektiven der des Arbeitsmarktes, überaus peinlich. Es fehlt nämlich an Jobs und an sinnvollen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Der Bau ist ein idealer Arbeitsbeschaffer, denn laut der venezolanischen Bauwirtschaft müssten jährlich mindestens 200.000 Wohnungen gebaut werden, um in den nächsten zwei Dekaden zu schließen und den Bestand zu erhalten.

Die Bauwirtschaft, die die Regierung bisher nicht wie gewünscht reorganisieren und effektiv gestalten konnte, ist nur ein Beispiel für die Probleme verstaatlichte Unternehmen effizient zu managen. Der nationale Erdölkonzern PdVSA hatte 2003 rund 40.000 Mitarbeiter und viele standen angeblich für nichts und wieder nichts auf der Lohnliste. Vier Jahre später – 2007 – hatte das Unternehmen eigenen Angaben zufolge knapp 80.000 Mitarbeiter (61.909 mit Festverträgen und 15.383 ohne). In Venezuela kursieren heute Gerüchte demnach das wichtigste Unternehmen des Landes bis zu 140.000 Angestellte auf der Lohnliste habe. Warum der Staatskonzern heute deutlich mehr Angestellte braucht als früher ist schwer nachzuvollziehen.

Ähnlich soll es im nationalen Telefonunternehmen CanTV zugehen – allerdings berufe ich mich dabei auf Infos aus der Hugo Chávez nicht gerade wohl gesonnenen Unternehmerschaft.

Auffällig ist jedoch, dass es latent an qualifiziertem Personal fehlt. Warum, kann man sich fragen, greifen die Ausbildungsprogramme nicht? Wo bleibt der bolivarianische Nachwuchs? Das Phänomen ist auch in den Ministerien zu beobachten, denn es tauchen immer wieder die gleichen Namen auf und kaum neue Köpfe. Warum ist dem nach zehn Jahren Regierungsverantwortung so, muss man fragen, denn schließlich hat die Ausbildung doch Priorität laut der Regierung. Gilt das nicht für den politischen Nachwuchs?

Rohstoffreichtum - Bremse der sozialen Revolution?

Erdöl, Erdöl nichts als Erdöl, so sieht die Exportbilanz Venezuelas beinahe schon traditionell aus. 93 Prozent der Exporte entfallen auf das schwarze Gold und die Tendenz ist steigend und nicht fallend, trotz aller Diversifizierungsbemühungen der Regierung in Caracas. Die tragen bisher kaum Früchte, denn weder spielt der Aluminiumsektor die Rolle, die Präsident Hugo Chávez ihm zugedacht hat noch ist die weltberühmte Kakaoproduktion – einst ein wichtiger Wirtschaftssektor - wie gewünscht reanimiert worden.

Ein nicht ganz unwichtiger Faktor dabei, spielt die Tatsache, dass in Venezuela der Staat als zentrale Versorgungsinstanz betrachtet wird. „Wir sind ein reiches Land“, hat Hugo Chávez oft betont und auch seine Vorgänger haben daraus kein Geheimnis gemacht. Ein Grund, weshalb die Erwartungshaltung an den Staat groß ist und der Leistungsgedanke nicht immer im Vordergrund steht. Umverteilung lautet demzufolge auch eine zentrale Parole der Regierung und das schafft zusätzliche Erwartungen.

De facto hat Venezuela eine **ölfundierte Wohlfahrtspolitik** aufgelegt, aber es eben nicht geschafft die unproduktive auf den Staat fixierte Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft zu überwinden. Das ist das zentrale Dilemma unter dem auch andere Ökonomien mit hohem Rohstoffoutput leiden:

Als holländische Krankheit ist das Phänomen bekannt und in Venezuela führen die massiven Zuflüssen von Petrodollars, rund 800 Milliarden US-Dollar waren es in den letzten zehn Jahren, zu folgenden Problemen:

- Überbewertung der nationalen Währung
- Verlust von Wettbewerbsfähigkeit
- Rückgang der Industrieproduktion
- Rückgang bzw. Stagnation der Agrarproduktion
- Kapitalkonzentration im Rohstoffbereich
- Dekapitalisierung der verarbeitenden Industrie
- Ausbildung von klientelistischen Strukturen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Diesen Strukturen hat Hugo Chávez den Kampf angesagt. Erstmals bei seinem Putsch 1992, dann bei der Übernahme der Regierung sieben Jahre später. Doch an diesen Strukturen hat sich nicht allzu viel geändert, denn die Tatsache, dass die Erdölrente also die Einnahmen innerhalb des Staates verteilt werden – sorgen fast folgerichtig auch heute für klientelistische Strukturen.

Der Export nicht erneuerbarer Rohstoffe produziere „Entwicklung der Unterentwicklung“ argumentieren Wissenschaftler, die sich mit der „Holländischen Krankheit“ beschäftigen. Davon hat sich auch Venezuela unter Chávez nicht abkoppeln können und dieses Phänomen prägt viele rohstoffexportierende Länder, doch nur Norwegen und Chile ist es gelungen über Sparfonds gegenzusteuern.

Korruption und Bereicherung gibt es folglich auch unter der Ägide von Hugo Chávez, wie "Transparency International" berichtet. Demnach zählt Venezuela zu den korruptesten Ländern Lateinamerikas. Auf Platz 158 von 179 Staaten liegt das Land und damit nur wenige Plätze vor dem Schlusslicht Haiti. Auch wenn sich Venezuela gegenüber 2007 um vier Plätze verbessern konnte, ist das wahrlich keine dolle Bilanz.